



POLITIK / KOMMENTAR

Agrarwirtschaft - Nahrungsmittelmangel ...

(SB) - Die simple Aussage, laut der die Erde weit mehr Menschen ernähren könnte als zur Zeit, hat angesichts des Problems millionenfacher Mangelernährung und Tausender Hungertoter täglich vor allem den Effekt, daß sich daran nichts ändert. Mit der in dieser Aussage enthaltenen Perspektive, daß es auch ganz anders sein könnte, wenn die vorhandenen Ressourcen ... *(S. 3)*

POLITIK / KOMMENTAR

UNO - Waffen für die Herrschenden ...

(SB) - Frankreich und Deutschland verhindern derzeit eindeutig nicht die rasante und ungebremste Entwicklung autonomer Waffensysteme. Im Gegenteil, es spricht mittlerweile vieles dafür, dass diese beiden Länder auf Zeit spielen und sogar ... *(S. 5)*

UMWELT / REDAKTION

Rußland - Mobile Kernkraftwerke zu Wasser ...

(SB) - Rußlands erstes schwimmendes Kernkraftwerk ist nach einer mehrmonatigen Seereise in Murmansk angekommen. An Bord befinden sich zwei Meiler, die zusammen 70 Megawatt ... *(S. 9)*

Afghanistan - verspielte Gelegenheit ...

(SB) 31. August 2018 - In Afghanistan droht der Kollaps nicht nur der Regierung, sondern auch der öffentlichen Ordnung bzw. dessen, was unter den Bedingungen eines vierzigjährigen Dauerkrieges diesen Namen trägt. Gerade in den letzten Wochen haben die Taliban mit mehreren spektakulären Offensiven den afghanischen Streitkräften so zugesetzt, daß deren Kampfmoral erschüttert ist. Vereinzelt räumen Armeeeinheiten ihre Stützpunkte. Es hat den Eindruck, als sehen viele Soldaten keinen Sinn mehr darin, für die Administration von Präsident Ashraf Ghani ihr Leben zu riskieren. Wie die US-Streitkräfte am Hindukusch den afghanischen Kameraden den Rücken stärken und sie an der endgültigen Kapitulation hindern wollen, ist nicht ganz klar.

Mitte August haben rund 1000 Taliban-Kämpfer die Stadt Ghazni, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, die auf der wichtigen Verbindungsstraße zwischen Kabul im Norden und Kandahar im Süden liegt, gestürmt, erobert und mehrere Tage lang besetzt gehalten, bevor sie dem Bomben- und Raketenhagel der US-Luftwaffe wichen und sich wieder zurückzogen. In Ghazni haben die Tali-

ban also zum ersten Mal, seit zur Jahreswende 2001/2002 amerikanische und britische Streitkräfte dem Islamischen Emirat Afghanistan ein Ende setzten, eine Provinzhauptstadt zurückerobert - und sei es nur vorübergehend. Bei der Aktion kamen mehr als 113 Soldaten ums Leben. Weitere rund 150 wurden verletzt. Über die Anzahl der Verluste auf seiten der Taliban herrscht Ungewißheit.

Die schwere militärische Niederlage, welche den afghanischen Streitkräften Mitte August zugefügt wurde, beschränkte sich nicht allein auf den Fall Ghaznis. Die Großoperation dort wurde gleichzeitig von drei weiteren Offensiven in anderen Landesteilen begleitet, um ganz offensichtlich die afghanische Armee logistisch und organisatorisch zu überfordern. Während also die Kämpfe in Ghazni tobten, überrannten die Taliban im westlich gelegenen Bezirk Adschrstan einen abgelegenen Armeestützpunkt. Dort sollen zwischen 40 und 100 Elitesoldaten ums Leben gekommen sein. Lediglich 22 Überlebenden ist mit einem mehrtägigen Fußmarsch die Flucht über die Berge nach Kabul gelungen. In der New York Times vom 13. August be-

zeichnete eine nicht namentlich genannte Quelle beim US-Militär in Afghanistan die Zerstörung des Stützpunktes von Adschristan als "Katastrophe".

In der nordwestlichen Provinz Faryab im Bezirk Ghormach fiel in derselben Zeit ein weiterer Militärstützpunkt, welchen die Taliban seit Wochen belagert hatten. Bei den schweren Kämpfen starben mindestens die Hälfte der 100 dort stationierten Soldaten. Zu guter Letzt haben die Taliban in der nordöstlichen Provinz Baghlan einen kleinen Stützpunkt angegriffen und eingenommen. Hier kamen sieben Polizisten und neun Soldaten ums Leben. Drei weitere Angehörige der Sicherheitskräfte wurden von den Taliban gefangengenommen. Besonders die Verluste am Stützpunkt in Faryab hat die Regierung in Kabul in Mißkredit gebracht. In den afghanischen Medien wurde ihr vorgeworfen, statt die belagerten, bedrängten Soldaten in "Chinese Camp" mit Nachschub und Munition per Luft zu versorgen, hätte sie die Militärhubschrauber zur Rettung von 200 Kämpfern der IS, die im afghanischen Norden von den Taliban ausradiert zu werden drohten, eingesetzt.

Der Eindruck des absoluten Chaos in Afghanistan wurde am 22. August unterstrichen. Bei der Live-Übertragung des Auftritts von Ghani, als dieser vom Garten des Präsidentenpalastes aus in einer Grußbotschaft den Taliban eine einseitige Feuerpause anbot, war für alle Anwesenden und Fernsehzuschauer der Lärm von 17 Mörsergranaten, die in anderen Teilen Kabuls explodierten, unüberhörbar. Für den Mörserangriff übernahm später der IS die

Verantwortung. Über die hochpeinliche Vorstellung soll Ghani dermaßen verärgert gewesen sein, daß er am 25. August den Rücktritt vom Nationalen Sicherheitsberater Hanif Atmar, Verteidigungsminister Tarik Bahrami, Innenminister Wais Barmak und Geheimdienstchef Masum Stanekzai forderte - nur um sie ein Tag später nicht anzunehmen. Statt dessen bat er die vier Herren, ihren Pflichten "zur Besserung der Sicherheitslage" weiter nachzukommen.

Am 28. August meldete die afghanische Nachrichtenagentur Tolo News die kampflose Räumung mehrerer Stützpunkte in Faryab. In der Meldung mit der Überschrift "Army Soldiers Desert Bases Without Any Fight: Officials" ist von "Fahnenflucht" die Rede. Während das Verteidigungsministerium in Kabul den Rückzug als Teil einer länger geplanten Umstrukturierung verstanden haben wollte, klang die Aussage des Gouverneurs von Faryab, Nakibullah Fajek, anders. "Die Kampfmoral der Soldaten ist angeschlagen. Die Taliban kamen aus dem Bezirk Darzab mit hoher Kampfmoral. Sie haben Propagandakampagnen gestartet, und wir haben kampflos Gebiete verloren", so Fajek.

Am 4. September sollte eine große internationale Friedenskonferenz in Moskau stattfinden. Zur Teilnahme an der Veranstaltung hatte die russische Regierung zwölf Staaten wie auch die Taliban eingeladen. Doch während die Taliban und die meisten anderen auf der Liste dem Kreml ihr Kommen zugesichert hatten, winkten die USA und die Regierung Afghanistans ab. Die nega-

tive Haltung Washingtons hängt sowohl mit dem desolaten Stand der amerikanisch-russischen Beziehungen als auch mit dem Wunsch, einer Einflußnahme Moskaus in Afghanistan keinen Auftrieb zu verleihen, zusammen. Schließlich haben sich vor kurzem offizielle Vertreter der USA und der Taliban in Doha erstmals zu Vorgesprächen über mögliche Friedensverhandlungen getroffen, die offenbar ergebnislos zu Ende gingen. Die Regierung Ashraf Ghanis hat ihr Nein zu der Einladung nach Moskau damit begründet, daß Kabul und die Taliban zuerst in bilaterale Verhandlungen treten müßten, erst danach wären multilaterale Diskussionen sinnvoll. Auf Bitte Ghanis hat am 28. August der russische Außenminister Sergej Lawrow die geplante Friedenskonferenz verschoben. Sie soll zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem die Teilnahme der Vertreter Kabuls garantiert werden kann, so Lawrow. So wie sich die Dinge in Afghanistan entwickeln, sollte sich die Ghani-Administration hiermit vielleicht nicht allzuviel Zeit lassen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asia-904.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Agrarwirtschaft - Nahrungsmittelmangel ...

(SB) 31. August 2018 - Die simple Aussage, laut der die Erde weit mehr Menschen ernähren könnte als zur Zeit, hat angesichts des Problems millionenfacher Mangelernährung und Tausender Hungertoter täglich vor allem den Effekt, daß sich daran nichts ändert. Mit der in dieser Aussage enthaltenen Perspektive, daß es auch ganz anders sein könnte, wenn die vorhandenen Ressourcen nur gerechter verteilt würden, wird das seit langem bestehende Problem der unzureichenden Voraussetzungen negiert, alle Menschen dem in den wohlhabenden Teilen der Welt üblichen Standard gemäß mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zu wissen, daß die vorhandene Ackerfläche schon jetzt nicht ausreicht, um dieses Niveau an Welternährung sicherzustellen, und der Mangel an verfügbarem Wasser ebenso ein anwachsendes Problem darstellt, heißt, die Frage nach der Zukunft der Ernährung vor dem Hintergrund drohender Hungersnöte mit neuer Dringlichkeit zu stellen.

Rund 12 Prozent der Weltbevölkerung gelten laut der Welternährungsbehörde der Vereinten Nationen (FAO) als unterernährt. Mindestens 800 Millionen Menschen müssen immer wieder Phasen akuten Hungers erleiden und sind permanent Formen von Mangelernährung ausgesetzt, die sie gesundheitlich ruinieren und an denen sie sterben. Die grausame Alltäglichkeit systematischer Massenvernichtung ist mit karitativen Wundpflastern nicht mehr zu heilen, das zeigt eine Studie der WissenschaftlerInnen

Sarah Rizvi, Chris Pagnutti, Evan Fraser, Chris T. Bauch und Madhur Anand von der School of Environmental Science an der University of Guelph im kanadischen Ontario. Die am 8. August auf dem Open Access-Portal PLOS ONE veröffentlichte Untersuchung [1] koppelt den durchschnittlichen Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf in den jeweiligen Staaten an die dort verfügbare Ackerfläche und errechnet anhand der Ernährungsempfehlungen des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) 2010, wieviel an fruchtbarem Boden zur Versorgung der jeweiligen Bevölkerung es zusätzlich bedarf respektive wieviel frei würde, wenn die Menschen sich nach diesen Richtlinien ernährten.

Dabei werden ein kalorischer Bedarf und eine Zusammensetzung der täglichen Ernährung zugrundegelegt, wie in The Dietary Guidelines for Americans empfohlen. Die Aufnahme von durchschnittlich 3500 Kalorien, wie in reichen westlichen Staaten üblich, auf 2000 Kalorien am Tag zu reduzieren und dennoch vollwertig zu essen bedeutet, einen großen Anteil an pflanzlichen Nahrungsmitteln wie Gemüse, Hülsenfrüchten, Ölsaaten und Getreide bei einem geringen Anteil von Tierprodukten wie Fleisch, Milch und Eiern zu sich zu nehmen. Dies wird nicht nur von der US-Regierung empfohlen, sondern zur Eindämmung sogenannter Zivilisationskrankheiten, vor allem chronischer Erkrankungen des Stoffwechsels und Herz-Kreislauf-Systems, auch von der FAO wie vielen ande-

ren Regierungen und ErnährungswissenschaftlerInnen gefordert.

Die ForscherInnen gelangen zu dem Ergebnis, daß selbst unter einer in diesem Sinne vorteilhaften Diät schon jetzt eine Fläche agrarisch bewirtschaftbaren Bodens von der Größe Kanadas fehlt, um allen Menschen eine solche Ernährungsweise verfügbar zu machen. Auf 38 Prozent der globalen Landfläche wird Landwirtschaft betrieben, während die übrigen 62 Prozent aus verschiedenen Gründen - Klima, Unzugänglichkeit, Desertifikation, Versiegelung, Bewaldung - für diesen Zweck entfallen. Ein Drittel dieser Fläche ist bereits vom Menschen durch urbane Bebauung okkupiert, ein weiteres Drittel entfällt auf Waldgebiete, die bereits mit fatalen Konsequenzen immer kleiner werden, weil sie für landwirtschaftliche, aber auch die Förderung mineralischer und fossiler Rohstoffe gerodet werden.

Die kanadischen WissenschaftlerInnen beschreiben praktisch den Status quo, der sich allerdings perspektivisch verschärft, da laut FAO von einem wachsenden Nahrungsbedarf bis 2050 um 70 Prozent auszugehen ist. Bislang haben sich die Verheißungen der Agromultis, mit gentechnischen Mitteln sehr viel ertragreichere Sorten zu züchten, in keiner Weise erfüllt. Statt dessen werden mit der durch die industrielle Landwirtschaft stark reduzierten Sortenvielfalt unabschätzbare Risiken etwa des Entstehens neuartiger Pflanzenkrankheiten und anwachsender Immunität gegen be-

reits vorhandene Schadorganismen eingegangen. Zudem werden die mit Pflanzenschutz und Düngemiteleininsatz wachsenden Erträge pro Hektar mit einem zum Ernteertrag unverhältnismäßig ansteigenden Input an Pestiziden und Düngemitteln erkaufte, was weitere Risiken der Ressourcenerschöpfung etwa bei Phosphor, der Vergiftung des Grundwassers, der gesundheitlichen Belastung der Menschen und der Beschleunigung des Klimawandels in sich birgt. Der massive Einsatz fossiler Energien in der Landwirtschaft bei der Bewirtschaftung der Felder, bei Transport, Weiterverarbeitung und Kühlung der Nahrungsmittel wie der Herstellung der Düngemittel als auch der große Verbrauch trinkbaren Wassers bei Anbau und Verarbeitung vervollständigen das Bild eines Problems, das für hungrige Menschen schon jetzt eine Katastrophe darstellt.

Wie die AutorInnen der Studie herausgefunden haben, bildet sich das größte Gefälle beim Verhältnis des Verbrauchs von Nahrungsmitteln zur dafür in Anspruch genommenen Fläche heute zwischen den USA, Brasilien, Australien auf der Seite derjenigen, die durch die Befolgung der USDA-Richtlinien an Fläche für Nahrungsmittelanbau dazugewinnen könnten, und den bevölkerungsreichen Staaten Asiens als auch Afrikas auf der Seite derjenigen, die größerer Anbauflächen bedürften, wenn sie den Kriterien dieser Ernährungsweise folgten. Selbst die EU fällt unter die letztere Gruppe, allerdings scheint das Bild hier verzerrt zu sein durch das große Ausmaß an Flächenimporten für das Tierfutter, das in den Ställen der EU zur Fleisch- und Milchproduktion eingesetzt wird.

Die intensive Tierproduktion wird auch im Fall der ersten Gruppe dafür verantwortlich gemacht, daß eine Einschränkung der Herstellung von Fleisch- und Molkereiprodukten viel Fläche für den Nahrungsmittelanbau zur menschlichen Nutzung freisetzt. Unerwähnt bleibt allerdings das große Thema Bioenergie, wird doch allein ein Viertel der Maisernte in den USA zur Produktion von Agrosprit verwendet. In der EU sind die Verhältnisse nicht ganz so drastisch, aber auch hier wird die Entscheidung für den Tank und gegen den Teller politisch unterstützt. Wie die kanadischen WissenschaftlerInnen einräumen, gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf als auch die Notwendigkeit zur Präzisierung der verfügbaren Länderdaten.

Dennoch ist ihre Erkenntnis, daß selbst für eine ernährungsphysiologisch förderliche, kalorienreduzierte Lebensweise nicht genügend Ackerfläche weltweit vorhanden ist, von eminenter Bedeutung für die Bekämpfung des Hungers. Sie könnte dazu beitragen, denjenigen ExpertInnen Gehör zu schenken, die Maßnahmen zur Steigerung des Ertrages an Nahrungsmitteln wie zur langfristigen Verbesserung der Ernährungssicherheit und -souveränität vorschlagen. Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Sortenvielfalt, Schonung der Trinkwasserressourcen, Sparsamkeit beim Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden und die Verlangsamung des Klimawandels sollen etwa durch die Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die Verteidigung indigener Lebensformen, die nachhaltigere Bewirtschaftung der Böden durch bioorganischen Landbau, die Einstellung der Exportsubventionierung und des Handels mit virtuellem Wasser, die Eta-

blierung regionaler Anbau- und Verbrauchskreisläufe und die Beendigung der Massentierhaltung gefördert werden.

All das wird über das soziale Beharrungsvermögen, mit dem tradierte Verbrauchsformen durchgesetzt werden, und die politische Lobbyarbeit nationaler Agrarindustrien hinaus durch die anwachsende Konzentration und vertikale Integration der großen Akteure im global aufgestellten Agrobusiness wie die zunehmende Bedeutung der Erzeugung agrarischer Rohstoffe als Investitionsziel für das stets nach Anlage suchende Kapital erheblich erschwert. Die bestehende agrarische Produktionsweise, die insbesondere mit der Digitalisierung der Landwirtschaft vor entscheidenden Veränderungen steht, in eine allen Lebewesen zugewandte und sozialökologisch förderliche Wirtschaftsweise umzuwandeln ist in allererster Linie eine Machtfrage. Die Ernährung ist wie alle Fragen der sozialen Reproduktion von eminent politischer Bedeutung, und das um so mehr, als tagtäglich das Leben von Millionen Menschen auf dem Spiel steht. Für Information und Inspiration stehen soziale Bewegungen wie diejenigen für Ernährungssouveränität, für Solidarische Landwirtschaft, für Klimagerechtigkeit und Tierbefreiung bereit.

Anmerkung:

[1] Global land use implications of dietary trends
<https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0200781>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1149.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

UNO - Waffen für die Herrschenden ...

Frankreich und Deutschland verhindern derzeit eindeutig nicht die rasante und ungebremste Entwicklung autonomer Waffensysteme. Im Gegenteil, es spricht mittlerweile vieles dafür, dass diese beiden Länder auf Zeit spielen und sogar ein gesteigertes Interesse an diesen Waffen haben.

Thomas Küchenmeister (Campaign to Stop Killer Robots) [1]

(SB) 31. August 2018 - Vor 60 Jahren stellte der Biochemiker und Science-Fiction-Autor Isaac Asimov Gesetze für Roboter auf. Das berühmte lautet: Kein Roboter darf einen Menschen töten. Das weniger bekannte fordert: Keine Künstliche Intelligenz darf zusammen mit entwickelten biologischen Wesen gemeinsam auf einem Planeten leben. Die Essenz beider Gesetze: Es ist ein Gebot der Vernunft, die Apparate lieber auf Abstand zu halten. [2] Was Asimov als Zukunftsentwurf vorgedacht und mit einer dezidierten Warnung versehen hat, ist nicht nur eingetreten, sondern droht seine schlimmsten Befürchtungen in den Schatten zu stellen. An der Spitze militärtechnologischer Forschung steht die Entwicklung autonomer Waffensysteme, die Menschen effektiver als je zuvor töten, während bislang alle Versuche gescheitert sind, diese innovative Aufrüstung durch internationale Abkommen einzuhegen. Dabei zeichnet sich ab, daß der durch unvereinbare Interessen blockierte Gesprächsprozeß nicht nur von der Produktion und Erprobung solcher Waffen überholt worden ist, sondern immer weiter ins Hintertreffen gerät.

Bei der UNO in Genf beraten Experten diese Woche wieder einmal, ob und wie sich ein globales

Verbot von Killerrobotern umsetzen ließe. Es geht um Kriegsgeräte wie zum Beispiel Drohnen, die selbständig entscheiden, wann und wen sie töten. Solche letalen autonomen Waffensysteme gibt es bereits, und viele Militärs würden sie künftig gern in großem Stil einsetzen. Ihr wesentlicher Vorteil aus militärischer Perspektive ist die höhere Geschwindigkeit, da der Entscheidungszyklus, ein Ziel zu finden, zu fixieren, anzupeilen und zu bekämpfen, unter Ausschluß eines menschlichen Piloten oder Operators erheblich gekürzt werden kann. [3] Hinzu kommen weitere Aspekte wie geringere Kosten, höhere Geheimhaltung und flexiblere Einsatzmöglichkeiten, wie sie generell für Drohnen gelten.

Teilautonome Waffensysteme sind inzwischen in vielen Einsätzen Alltag. Israel verfügt bereits über fliegende autonome Waffen wie die "Harpy"-Rakete, die ganz ohne menschliche Eingriffe Radaranlagen finden und zerstören kann. Sobald sie in der Luft ist, wartet sie auf eintreffende Signale und greift dann das Radarsystem an, von dem sie kommen. Großbritannien entwickelt die Drohne "Taranis", die beispielsweise feindlichen Radarstationen automatisch ausweichen soll. Der Hersteller arbeitet unter der Prä-

misse, daß in Zukunft auch autonome Angriffe gefragt sein könnten. An der innerkoreanischen Grenze patrouillieren seit Jahren Roboter, die Menschen erkennen und angreifen können, nur ist diese Funktion bisher angeblich nicht aktiviert worden. Angesichts dieser Beispiele ist vorstellbar, daß Waffen entwickelt werden, die nicht auf Radarsysteme reagieren, sondern aus der Luft Menschen mit bestimmten Eigenschaften angreifen. [4] Der russische Waffenkonzern Kalaschnikow hat auf der Militärmesse "Army 2018" einen neuen Kampfrobooter vorgestellt. Der Prototyp des "Igorok" ist 4,5 Tonnen schwer und besteht aus einem kugelsicheren Cockpit auf zwei Beinen, ausgestattet mit Armen und riesigen Krallen, die Objekte bewegen oder Waffen tragen können. Hinsichtlich der Fähigkeiten des Roboters halten sich die Entwickler angeblich noch bedeckt, doch verfügt er offenbar über eine Gesichtserkennung. [5]

Ein Hauptproblem der Kontroverse um autonome Waffensysteme ist die ungeklärte Frage, was genau verboten werden soll. Für die NGOs, die ein Verbot von Killerrobotern fordern, hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) einen Definitionsvorschlag gemacht. Verboten

werden sollen demnach solche Waffensysteme, die in ihren kritischen Funktionen autonom sind: "Aus Sicht des ICRC ist ein Waffensystem ohne menschliche Kontrolle von Natur aus rechtswidrig." Um zu verhindern, daß Tötungsentscheidungen an Maschinen delegiert werden, seien neue völkerrechtliche Regeln erforderlich. Einer Gegenposition zufolge kann das bestehende Kriegsvölkerrecht jedoch auch auf neue Waffensysteme angewendet werden und ist daher völlig ausreichend. Entsprechend unterscheiden sich die Vorschläge, die die verschiedenen Länder und NGO-Experten in Genf vorgelegt haben. Belgien schlägt vor, Letztlich Autonome Waffensysteme als solche zu definieren, die ohne menschliches Zutun Ziele auswählen und bekämpfen. Frankreich will hingegen Waffen ausnehmen, die letztlich von Menschen betrieben werden, und nur solche regulieren, die bei "völliger Abwesenheit" von Menschen funktionieren. Polen wiederum will allgemein "menschliche Kontrolle über Waffensysteme und ihren Einsatz" sicherstellen.

Die USA argumentieren in Genf, daß es zu früh für eine Regulierung oder gar ein Verbot sei. Autonome Waffensysteme könnten sogar dazu beitragen, die Zivilbevölkerung besser zu schützen und damit die Kriegsführung völkerrechtskonformer zu machen. Ansonsten verweist Washington auf die bereits existierenden Drohnensysteme und sieht einen "menschlichen Betreiber" als ausreichend an. Juristisch entscheidend sei, "wie Menschen diese Waffen benutzen und was sie erwarten, was diese bewirken". Alle Versuche, die Waffensysteme

selbst genau zu definieren, seien deshalb überflüssig. Rußland spricht sich wegen "des hohen Grades an Effizienz" deutlich für automatisierte bzw. autonome Waffen aus. Jeder Staat müsse seine eigenen Regeln finden, universale Regeln würden "kaum zu praktischen Ergebnissen führen".

Inzwischen sind 26 Staaten für ein Verbot solcher Waffen, während High-Tech-Militärmächte wie die USA, Rußland, China, Israel, Großbritannien und Südkorea massiv in die Entwicklung autonomer Waffensysteme investieren und daher den Genfer Verhandlungsprozeß verzögern und blockieren. Was immer dabei an Argumenten vorgeschoben wird - es geht unter dem Strich ausschließlich um militärischen Vorsprung. Wer derartige Waffensysteme entwickelt oder bereits über sie verfügt, lehnt jede international verbindliche Vereinbarung zu ihrer Regulierung ab. Wer keine Aussicht hat, sich an diesem Rüstungswettlauf zu beteiligen, befürwortet hingegen ein Verbot. Zwischen diesen beiden Polen navigieren alle übrigen Staaten, die offenbar noch abwägen, was für sie am vorteilhaftesten wäre.

Die Bundesregierung hat sich in den Koalitionsverträgen 2013 und 2018 gegen solche Waffen ausgesprochen: "Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten." Die jüngste Koalitionsvereinbarung hält jedoch eine Hintertür offen: "Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten." Entwickelt werden sollen "Anwen-

dungen in allen Feldern der Forschungs- und Innovationsstrategie". Dies schließt offensichtlich eine militärische Verwendbarkeit dieser Technologien ein, da Frankreich bereits angekündigt hat, "jährlich 100 Millionen Euro für die Erforschung künstlicher Intelligenz im Rahmen einer Innovationsoffensive zur Entwicklung zukünftiger Waffensysteme" bereitzustellen.

In Genf beschreiten Deutschland und Frankreich einen vorgebliebenen Mittelweg, als gehe es ihnen darum, die existierende Kluft in den Gesprächen zu schließen. Sie schlagen vor, zunächst eine nicht verbindliche politische Deklaration zu verabschieden. Dies könne ein erster Schritt auf dem Weg zu einem künftigen Verbot sein. Während einige Verbotsbefürworter dies als Übergangslösung begrüßen, warnen andere davor, daß dieser angeblich erste Schritt für manche anderen Staaten bereits der letzte sein könnte und der jahrelange Gesprächsprozeß ergebnislos im Sande verläuft. Die Bundesrepublik verstößt mit dieser Initiative nicht nur gegen die Kernaussage des Koalitionsvertrags, indem sie gemeinsam mit Frankreich die Entwicklung autonomer Waffensysteme nicht verhindert. Ganz im Gegenteil spricht vieles dafür, daß die beiden Länder in Genf auf Zeit spielen, weil sie selbst ein gesteigertes Interesse an diesen Waffen haben.

Anmerkungen:

[1] www.heise.de/tp/features/ICRC-Ein-Waffensystem-ohne-menschliche-Kontrolle-ist-von-Natur-aus-rechtswidrig-4023404.html

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Der Pflegenotstand in Österreich ...

von Solidarwerkstatt [1], Juli 2018

In Österreich herrscht Pflegenotstand. Dieser Notstand hat viele Gesichter.

Pflege als Armutsrisiko und Zwei-Klassen-Pflege

Menschen aus unteren sozialen Schichten werden öfter krank und haben einen höheren Pflegebedarf. Zugleich aber können sie sich eine entsprechende Pflege nicht leisten. Der Rechnungshof hatte bereits 2007 kritisiert, dass das Pflegegeld nur zwischen 9%

und 26% der wirklichen Pflegekosten abdeckt (Standard, 8.12.2007). Aufgrund der Nichtanpassung an die Inflation ist der Wert des Pflegegeldes zwischen 1993 und 2014 um 25% gesunken. Das WIFO hat erhoben, dass 2015 in Österreich 8,7 Milliarden Euro für die Pflege aufgewendet wurden, rd. 3,7 Milliarden (42%) davon wurden von den privaten Haushalten getragen.

Hauptlast liegt bei den Familien und Frauen

Jede vierte Familie in Österreich ist mit Pflegebedürftigkeit konfrontiert. Mit rund 80% liegt die Hauptlast der Pflege bei den Familien und informellen Netzwerken, und hier wiederum zu 80% bei den Frauen. 20% pflegen ihre Angehörigen zehn Jahre und länger. Die Folgen: Die Pflegenden werden selbst häufig zum Pflegefall. 84 Prozent jener Personen, die ihre Angehörigen mit einer Pflegegeldstufe sieben betreuen, haben körperliche Beschwerden. Aber bereits bei Pflegestufe eins erleben 72 Prozent psychische Belastungssymptome.

Hemmungslose Ausbeutung in der 24-Stunden-Pflege

Der Pflegebereich ist gekennzeichnet von prekärer Beschäfti-

gung: 78.325 BetreuerInnen sind in der 24-Stunden-Pflege im Einsatz. Das heißt: Frauen - zumeist aus Osteuropa - werden als (Schein-)Selbständige hemmungslos ausgebeutet und mit Dumpinglöhnen von 800 Euro für 14-Tage Rund-um-die-Uhr-Arbeit abgespeist, während zugleich in ihren Herkunftsländern selbst bereits Pflegekräfte an allen Ecken und Enden fehlen. Gleichzeitig wird dadurch Lohndruck auf qualifizierte Pflegekräfte ausgeübt.

Gemeinden bluten finanziell aus

Das derzeitige Pflegesystem führt zum finanziellen Ausbluten der Gemeinden, die sowohl bei Errichtung und Betrieb der Infrastruktur zur Kassa gebeten, als auch dann, wenn das Pflegegeld bzw. die Pension für die Kosten eines Aufenthalts im Pflegeheim nicht ausreichen, zur Kasse gebeten werden. Die Kosten laufen den Einnahmen davon. Zwischen 2012 und 2016 stiegen die Ausgaben der Gemeinden für Soziale Wohlfahrt um 21%, während die Ertragsanteile mit plus 13% deutlich hinterherhinkten. Auch die Abschaffung des Pflegeregresses droht zumindest teilweise zulasten der Gemeinden zu gehen, da die wirklichen Kosten vom Bund nicht abgedeckt werden.

Fortsetzung von Seite 6:

[2] www.deutschlandfunk.de/kuenstliche-intelligenz-die-roboter-kommen-naeher.1184.de.html

[3] www.deutschlandfunk.de/rue-stungsexperte-sauer-zu-killerrobotern-menschliche.676.de.html

[4] www.deutschlandfunk.de/autonome-waffensysteme-kampfroboter-heute-und-in-zukunft.676.de.html

[5] www.focus.de/wissen/technik/-kalaschnikow-praesentiert-igorek-waffen-expo-russisches-unternehmen-zeigt-vier-meter-grossen-kampfroboter_id_9463883.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1708.html>

40% der Pflegekräfte sind burnoutgefährdet

In Finnland kommen auf 1.000 Einwohner im Durchschnitt 21,7 Pflegekräfte, in Österreich 5,8. Entsprechend hoch ist die körperliche und psychische Belastung in den Pflegeberufen. Eine AK-Studie, die 2014 27.000 MitarbeiterInnen in Spitälern, Heimen und mobilen Betreuungsdiensten befragte, kommt zu einem alarmierenden Ergebnis: Fast 40% der im Gesundheits- und Pflegebereich Arbeitenden sind burnoutgefährdet. Das ist auch für das PatientInnenwohl gefährlich.

"Krasse Menschenrechtsverletzungen"

Die Spar- und Kürzungspolitik hat in den Pflegeeinrichtungen

zum Teil zu menschenunwürdigen Bedingungen geführt. Der Bericht der Volksanwaltschaft im Jahr 2017 über die Zustände in österreichischen Pflegeeinrichtungen fiel düster aus. Volksanwalt Günther Kräuter sprach von "krassen Menschenrechtsverletzungen" und "struktureller Gewalt" (Standard, 4.5.2017). Bekannt geworden war u.a., dass verwahrloste Senioren angetroffen wurden, die mit Gurten im Rollstuhl fixiert waren, dass es für viele Pflegeheimbewohner nur einen Dusch- und Badetag in der Woche gibt, dass PatientInnen Medikamente ins Essen gemischt werden, um diese schon am Nachmittag zu sedieren. Zu geringe Betreuungsschlüssel bei Personen mit psychiatrischen Diagnosen führten zu häufigen Stürzen mit zum Teil schweren Verletzungen.

Anmerkung:

[1] www.solidarwerkstatt.at

Erstveröffentlicht:

<https://www.solidarwerkstatt.at/soziales-bildung/der-pflegenotstand-in-oesterreich>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00236.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Die Rüstungslobby gewinnt auf der ganzen Linie

Pressemitteilung von GSoA - Gruppe für eine Schweiz ohne Armee vom 30. August 2018

Nach dem Bundesrat und der Sicherheitskommission des Nationalrates (SiK-N) hat sich nun auch die Sicherheitskommission des Ständerates (SiK-S) definitiv von der humanitären Tradition der Schweiz verabschiedet. Mit dem Entscheid, Waffen auch in Bürgerkriegsländer exportieren zu können, holt sich die SiK-S den Applaus von Diktatoren und von der Rüstungslobby, anstatt auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Mit dem heutigen Entscheid wirft die SiK-S jegliche moralischen Prinzipien über Bord. Schon jetzt gehorcht die Schweizer Exportpraxis eher dem Laissez-Faire-Prinzip, als den eigentlich einigermassen strikten gesetzlichen Bestimmungen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat in der Vergangenheit illegale Exporte nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate bewilligt, obwohl die Bestimmungen in der Kriegsmaterialver-

ordnung - bestätigt von 70 RechtsprofessorInnen - eine andere Sprache sprechen. Nun soll diese skandalöse Exportpraxis mit der Verordnungsaufweichung einerseits legitimiert werden und andererseits soll die Möglichkeit, noch mehr Waffenexporte in Krisenregionen zu bewilligen, geschaffen werden.

GSoA-Sekretärin Judith Schmid meint dazu: "Der Entscheid der SiK-S, die geplante Verord-

nungsänderung auf Antrag der Rüstungsindustrie zu unterstützen, erinnert mich eher an eine Chambre de Lobby als an eine Chambre de Réflexion. Es ist völlig lächerlich zu glauben, dass bei einem Waffenexport in eine Krisenregion im Vorhinein gesagt werden kann, ob diese Waffen nun im Konflikt eingesetzt werden oder nicht. Dies zeigen diverse Skandale der letzten Jahre exemplarisch: Ruag-Handgranaten bei einem IS-Attentäter in der Türkei, Mowag-Panzer bei Boko Haram-Terroristen oder Schweizer Munition in Libyen."

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
 Pressenza - Büro Berlin
 Reto Thumiger
 E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
 Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0271.html>

Kooperationspartner**UMWELT / REDAKTION / ATOM****Rußland - Mobile Kernkraftwerke zu Wasser ...**

(SB) 31. August 2018 - Rußlands erstes schwimmendes Kernkraftwerk ist nach einer mehrmonatigen Seereise in Murmansk angekommen. An Bord befinden sich zwei Meiler, die zusammen 70 Megawatt elektrische Leistung liefern sollen. Das russische Staatsunternehmen Rosatom will mit solchen Anlagen abseits gelegene Hafenstädte mit Kernenergie versorgen. An Bord der "Akademik Lomonossow"-Barke wird Kernbrennstoff für eine zwölfjährige Betriebszeit sein.

Abgesehen von der großen Gefahr einer radioaktiven Kontamination der Umwelt durch das schwimmende Kernkraftwerk, dessen Meiler über keine Betonummantelung verfügen, ist auch die Arbeit an Bord potentiell gesundheitsgefährdend, vergleichbar mit dem Leben in Atom-U-Booten. Es besteht ein nicht zu unterschätzendes Risiko strahlungsbedingter Schädigungen des Bedienpersonals. Die Möglichkeiten, Radioaktivität abzuschirmen und Freisetzungen von Radionukliden zu vermeiden, sind an Bord einer schwimmenden Plattform notwendigerweise kleiner als an Land - und dort klappt das bekanntlich nicht besonders gut. Die Geschichte der kleinen und großen Atomunfälle ist lang und sicherlich noch nicht zu Ende geschrieben.

Im Jahr 2010 lief die 144 Meter lange und 30 Meter breite "Akademik Lomonossow" in St. Petersburg vom Stapel. Ihre Reise

durch die Ostsee begann am 28. April dieses Jahres. Der nun erreichte Nordmeerhafen Murmansk ist eine wichtige Etappe auf dem Weg des schwimmenden Kernkraftwerks, das über keinen eigenen Antrieb verfügt und geschleppt werden muß, entlang der Nordostpassage zu seinem Zielhafen Pewek im Autonomen Kreis der Tschuktschen in Ostsibirien.

In Murmansk und Umgebung liegt der größte Teil der russischen Nordflotte, darunter auch viele atomar betriebene U-Boote. Hier soll die Plattform mit Kernbrennstoff beladen werden, erst im nächsten Jahr wird sie zu ihrem Zielort geschleppt.

Mit zweimal 35 MW Leistung könnte normalerweise eine Stadt von 100.000 Einwohnern mit Strom versorgt werden. Am Standort in Pewek mit seinen weniger als 5.000 Einwohnern geht es nicht nur um Strom für die Stadt, sondern auch um die Versorgung von Ölförderplattformen. Und sollte sich die globale Erwärmung fortsetzen und die Nord-Ost-Passage sommers regelmäßig eisfrei werden, werden sich voraussichtlich dort mehr und mehr Menschen ansiedeln. Auch für den Fall eines wachsenden Energiebedarfs ist das schwimmende Akw vorgesehen. Länder wie Malaysia, Südkorea, Mosambik, Namibia, Indien und Vietnam haben bereits Interesse am Erwerb eines schwimmenden Kernkraftwerks

aus russischer Fertigung bekundet. Auch China baut an einem Akw auf dem Wasser, will dies im nächsten Jahr zum Abschluß bringen und später mit dem Modell in Serie gehen.

Ursprünglich sollten die beiden Meiler der "Akademik Lomonosow" bereits in St. Petersburg mit Brennstäben beladen und dort auf ihre Tauglichkeit hin geprüft werden. Das heißt, man wollte den Prototyp inmitten einer fünf Millionen Einwohner zählenden Stadt testen. Keine gute Idee, meinten örtliche Umweltgruppen und auch Greenpeace, und protestierten. Viele Bürgerinnen und Bürger schlossen sich dem Protest an. Schließlich wurde der Test nach Murmansk verlegt, das "nur" 300.000 Einwohner und sowieso schon ein veritables Radioaktivitätsproblem hat, weil dort Atom-U-Boote vor sich hin rosten.

Noch gravierender als diese schleichende Kontamination war ein Vorfall im Jahr 1957 in der geheimen Atomwaffenproduktionsstätte Majak im Ural. Die Folgen dieses sehr schweren Unfalls wirken bis heute nach. Eine Fläche von 20.000 km² - "die Spur" genannt -, und 270.000 Menschen wurden radioaktiv kontaminiert. Durch weitere Unfälle in Majak im Laufe der nächsten Jahrzehnte erhöhte sich die Zahl der verstrahlten Personen auf schätzungsweise eine halbe Million.

Und dann der Super-GAU: Am 26. April 1986 explodierte Block 4 des Akw Tschernobyl in der damals zur Sowjetunion gehörenden Ukraine. Diesem bislang folgenschwersten Nuklearunfall waren Experimente in dem Akw vorausgegangen ... Die Geschichte speziell der russischen bzw. sowjetischen Kernenergienutzung trägt nicht unbedingt zur Beruhigung

bei, daß der Testlauf in Murmansk oder, falls nichts schiefgeht, der Betrieb der Anlage in Pewek glimpflich ablaufen wird.

Vermutlich sind viele Bewohner Peweks sowohl über die Erdölförderung vor ihrer Küste als auch über die geplante Fortsetzung der Versorgung mit Atomstrom froh. Denn bislang wird die kleine Stadt vom 250 Kilometer entfernten Akw Bilibino mit Strom beliefert, das jedoch 2021 abgeschaltet werden soll. Woher Pewek seinen Strom bezieht, sollte einmal der Prototyp eines schwimmenden Akw ausfallen, ist unklar. Durch die Akademik Lomonosow wird eine umweltschädliche Energieform, Erdöl, ausgerechnet durch eine andere, nämlich Kernenergie, gestützt.

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umat-448.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Schwergewicht - britischer Eintopf à la carte ...

Anthony Joshua im Frühjahr voraussichtlich gegen Dillian Whyte

(SB) 31. August 2018 - Anthony Joshua verteidigt die Titel der Verbände WBA, WBO und IBF im Schwergewicht am 13. April 2019 im Londoner Wembley-Stadion aller Voraussicht nach gegen seinen britischen Landsmann Dillian Whyte. Das sei die wahrscheinlichste Konstellation meint Eddie Hearn, bei dem beide Akteure unter Vertrag stehen. Von einer Überraschung kann keine Rede sein, da sich diese Entwicklung seit geraumer Zeit ab-

gezeichnet hat. Der allseits geforderte Kampf der Weltmeister gegen Deontay Wilder (WBC) ist so gut wie gestorben, nachdem Hearn den US-Amerikaner mit einem unannehmbar niedrigen finanziellen Angebot ausgebootet hat. Da Wilder und sein Team die Kommunikation abgebrochen hätten, seien ihm die Hände gebunden, schiebt der britische Promoter der Gegenseite die volle Verantwortung für das Scheitern der Gespräche zu.

Während Wilder die Hälfte der Einkünfte verlangt, will ihn Hearn mit einer Pauschale von 15 Millionen Dollar abspeisen. Angesichts zu erwartender Einkünfte von gut 100 Millionen Dollar liefe das auf eine Teilung im Verhältnis von 85:15 und damit einen lächerlich geringen Anteil für den US-Amerikaner hinaus. Damit würde sich der WBC-Champion weit unter Wert verkaufen, worauf er sich verständlicherweise nicht einläßt.

Da die beiden Seiten in ihren Vorstellungen derart weit auseinander liegen, ist mit einer Einigung nicht mehr zu rechnen. Läge Joshuas Promoter tatsächlich am Zustandekommen dieses Kampfs, müßte er lediglich auf Wilders Forderung eingehen oder sich dieser zumindest erheblich annähern, um dessen Co-Manager Shelly Finkel und Al Haymon zu überzeugen.

Offensichtlich hält Eddie Hearn den WBC-Weltmeister für zu gefährlich, als daß er das Risiko einginge, seinen prominentesten und einträglichsten Akteur dafür aufs Spiel zu setzen. Bezöge der in 21 Auftritten ungeschlagene Brite eine Niederlage in diesem Prestigekampf, wäre das zwar nicht das Ende seiner Karriere oder weiterer gut dotierter Duelle. Allerdings würde er wohl nie wieder riesige Stadien problemlos füllen und astronomische Summen im Pay-TV einfahren. Ihm erginge es vermutlich ähnlich wie Manny Pacquiao, dessen Popularität und Börsen nach der Niederlage gegen Floyd Mayweather im Jahr 2015 dauerhaft absackten. Und da Joshua mit 28 Jahren recht jung ist und noch eine lange Laufbahn vor sich haben dürfte, wäre das schon ein tiefer Einschnitt.

Der 30jährige Dillian Whyte, für den 24 Siege und eine Niederlage zu Buche stehen, soll im Dezember einen Kampf bestreiten, bevor es dann im Frühjahr gegen Anthony Joshua gehen könnte. Hearn hat ihm dafür drei mögliche Gegner angeboten, nämlich Dereck Chisora, Jarrell Miller und Dominic Breazeale. Das britische Publikum würde sicher den 34 Jahre alten Chisora bevorzugen, da eine Revanche der einheimischen Rivalen die höchste Spannung verspräche. Whyte bezweifelt jedoch, daß der

Topf groß genug wäre, um die beiderseitigen finanziellen Ansprüche zu befriedigen. Fiele seine Wahl jedoch auf Miller oder Breazeale, wären geringere Einkünfte zu erwarten, so daß Whyte schon das weitaus größere Stück vom Kuchen abbekommen müßte, um auf seine Kosten zu kommen.

Nach Lage der Dinge deutet sich folglich an, daß Whytes Wahl auf einen weniger prominenten Kandidaten fallen könnte, der bereit wäre, sich für eine moderate Börse mit ihm zu messen. Das würde dem Publikum kaum gefallen und deutlich weniger Buchungen im Pay-TV bei Sky Box Office zur Folge haben. Von einem Boxer, der den Aufstieg ins Bezahlfernsehen geschafft hat, könnte man indessen schon Kämpfe gegen namhafte Gegner erwarten. Das galt für Whyte aber nur in zwei Fällen, nämlich 2016 gegen Chisora und zuletzt Ende Juli gegen Joseph Parker. Beide Auftritte hat er laut offizieller Wertung gewonnen, doch nach Auffassung vieler Experten im Grunde verloren. Gegen Dereck Chisora setzte er sich nach turbulentem Kampf nur hauchdünn und umstritten nach Punkten durch, was zu Spekulationen Anlaß gab, die Punktrichter hätten dem für die Branche wichtigeren Akteur den Zuschlag gegeben.

Im Kampf gegen den Neuseeländer bediente sich Dillian Whyte zahlreicher regelwidriger Aktionen, die Ringrichter Ian John Lewis jedoch aus unerklärlichen Gründen nicht ahndete. Nackenschläge, Kopfstöße, gleichzeitiges Halten und Schlagen sowie diverse weitere fragwürdige Manöver des Briten erweckten phasenweise den Eindruck, als sei er ein Akteur der Mixed Martial Arts, der gegen einen Boxer antritt. Überdies rammte er

den Gegner in der zweiten Runde mit einem Kopfstoß nieder, der irrtümlich als regulärer Niederschlag gewertet wurde. Der leichtere und beweglichere Neuseeländer boxte ihn aus, was aber von den Punktrichtern nicht gewürdigt wurde, die den mit erlaubten wie unerlaubten Mitteln ackernden und mitunter gefährlich zuschlagenden Whyte favorisierten. Alles in allem bot der Lokalmatador keinen schlechten Auftritt, doch wirkte er in den letzten drei Runden ermüdet als der Neuseeländer, der gegen Ende immer besser zur Geltung kam. Parker revanchierte sich für einen regulären Niederschlag in der neunten Runde kurz vor dem Schlußgong, indem er den Briten mit einem Volltreffer seinerseits auf die Bretter schickte. Whyte kam jedoch rechtzeitig wieder auf die Beine und rettete sich ins Ziel, ehe Parker nachsetzen und den Sack zumachen konnte.

Ginge es nach Eddie Hearn, käme es wohl zur Revanche mit Chisora, zumal sich damit am meisten Geld verdienen ließe. Der Londoner ist jedoch ein anspruchsvoller Kontrahent, sofern er in guter körperlicher Verfassung antritt und fokussiert zu Werke geht. Das unterstrich er im Vorprogramm des Duells zwischen Parker und Whyte, als er kurzen Prozeß mit einem so anspruchsvollen Gegner wie Carlos Takam machte. Aber auch Miller und Breazeale sind derart gefährlich, daß Whyte das Risiko scheuen dürfte, seinen Kampf gegen Joshua durch eine mögliche Niederlage im Dezember zu gefährden. Das wäre durchaus verständlich, aber nicht gerade ein Ruhmesblatt für den Ranglistenersten des WBC, der von sich behauptet, es ohne weiteres mit Anthony Joshua und Deontay Wilder aufnehmen zu können. [1]

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Anthony Joshua bestreitet seine nächste Titelverteidigung am 22. September im Wembley-Stadion gegen den Pflichterausforderer Alexander Powetkin. Da der Russe körperlich unterlegen ist und seine besten Tage hinter sich haben dürfte, gilt der Weltmeister als klarer Favorit. Daher wird dieser Auftritt als eine nicht allzu problematische Zwischentappe eingeschätzt, bevor es dann im April abermals im Wembley-Stadion, dessen Fassungsvermögen von 90.000 auf 100.000 Plätze erweitert wird, zum eigentlichen Höhepunkt kommen soll.

Deontay Wilder wollte ursprünglich gegen seinen Landsmann Dominic Breazeale antreten, hat aber ein Angebot des britischen Promoters Frank Warren erhalten, sich im November mit Tyson Fury zu messen. Da dieser Kampf jedoch immer noch nicht offiziell angekündigt worden ist, mehrten sich zuletzt Zweifel. Sowohl Eddie Hearn als auch der für gewöhnlich gut unterrichtete Dan Rafael von ESPN wollten auf informellem Weg erfahren haben, daß es nicht dazu kommen werde. Dies dementierten wiederum Warren und Fury, wobei der ehemalige Champion mitteilte, er habe den Vertrag bereits unterschrieben und der Gegenseite zugesichert. Man darf also gespannt sein!

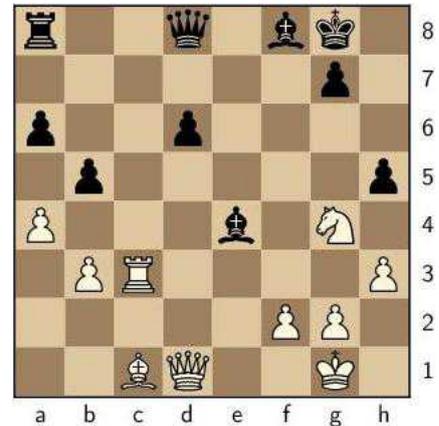
Anmerkung:

[1] www.boxingnews24.com/2018/08/hearn-says-dillian-whyte-likely-jos-huas-opponent-for-april-13/

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2289.html>

Verborgener Hexentanz

(SB) - Fallen haben viele Gesichter, aber ihr Mangel ist sicherlich, daß sie locken müssen, nichts aber erzwingen können. Ein Reiz muß geschaffen werden, etwas, worauf der Gegner anspringen könnte. Er fühlt zwar plötzlich die Spannung am Brett, fühlt, wie sich sein Kontrahent ganz unbedarft gefangen gibt, als habe er nichts zu verbergen. Gedankenlesen müßte man können, flucht er still in sich hinein. So allerdings bleiben ihm nur seine eigenen Augen, um Lug und Trug von der Realität zu unterscheiden. Eine Kunst, an der Menschen oft genug scheitern wie beispielsweise im heutigen Rätsel der Sphinx. Weiß hatte zuletzt 1.Sf1-g3! gezogen und damit seinem Randläufer den Fluchtweg verbaut. Mit 1...g7-g5 war diese Figur nun leicht zu erobern. Aber hatte Weiß diese einfache Entgegnung wirklich übersehen, oder sollte der Läufer nur ein Danaergeschenk werden? Eine schwierige Situation. Raffgier und Umsicht streiten in einer lodernen Seele, und wie es allzu oft ist, siegt der kleine Teufel, und so greift man zu. Nun, Wanderer, sollte Schwarz seine Entscheidung bereuen? Soviel sei zunächst verraten, nach 1...g7-g5! führte Weiß einen regelrechten Hexentanz mit der schwarzen Stellung auf.



Sokolov - Almasi
Groningen 1996

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Ganz offensichtlich hatte van der Sterren die Stärke des schwarzen Angriffs nach 1.Le3xc5? Se5xf3+! 2.Kg1-f1 - 2.Df2xf3 Dc7xh2+ 3.Kg1-f1 Th4-f4 - 2...Sf3xh2+ 3.Kf1-e1 - 3.Kf1-g1 Th4-f4 4.Df2-e3 Sh2-f3+ 5.Kg1-f2 Sf3-d4+ - 3...Th4-f4 4.Lc5-d6 - 4.Df2-e3 Tg8xg2 - 4...Tf4xf2 5.Ld6xc7 Tg8xg2 6.Lc7xh2 Tf2xc2 unterschätzt: ein verhängnisvoller Fehler. Weiß gab auf, weil seine Mehrfigur gegen die marschbereiten schwarzen Freibauern chancenlos war.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06671.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinxunter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

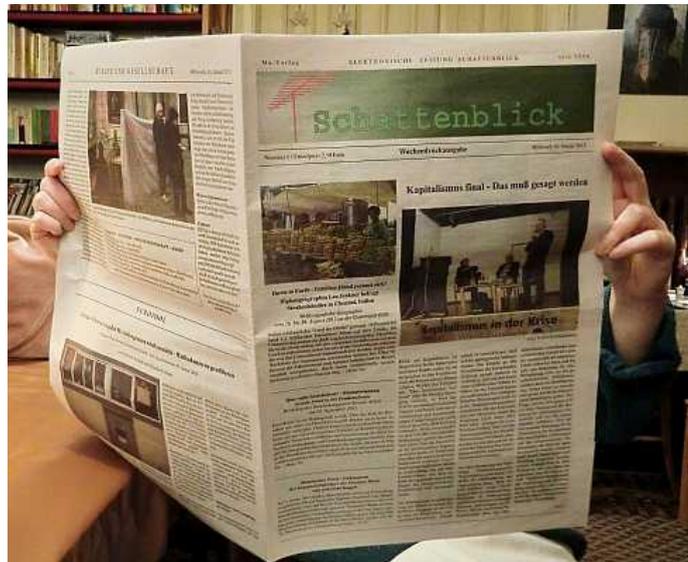


Foto: © by Schattenblick

Die Wahrheit schweigt, das Wort macht frei

31 Da sprach nun Jesus zu den Juden, die an ihn glaubten: Wenn ihr bleiben werdet an meiner Rede, so seid ihr in Wahrheit meine Jünger

32 und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.

33 Da antworteten sie ihm: Wir sind Abrahams Kinder und sind niemals jemandes Knecht gewesen. Wie sprichst du denn: Ihr sollt frei werden?

34 Jesus antwortete ihnen: Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht.

35 Der Knecht aber bleibt nicht ewiglich im Hause; der Sohn bleibt ewiglich.

36 Wenn euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.

(Neues Testament, Johannes Evangelium, Kapitel 8, Vers 31-36, Die Wahrheit macht frei)

Der Nazarener erweckte durch seine Reden und sein Auftreten das Interesse des Volkes, und als sie sich ihm zuwandten und lauschten, sprach er und sagte:

"Wenn ich nun sage, stellt euch gegen die Furcht und die Unterdrücker und unterwerft euch nicht im Allerkleinsten, und ihr erinnert und haltet euch fortan an mein Wort, so werdet ihr nicht mehr zu täuschen und zu beherrschen sein, und das wird euch frei machen."

Da wunderten sich die Leute und fragten ihn:

"Wir alle sind Kinder Abrahams, sein Volk und keine Knechte. Wie sollten wir noch freier werden?"

Der Nazarener aber antwortete und sprach:

"Wer der Furcht vor den Mächtigen aus dem Wege geht, dient ihrer Vorherrschaft. Er bleibt

nichts als ein Diener, Nutznießer und Knecht und ist der Furcht, ihren Drohungen und ihren Versprechungen erlegen. Hinweggeschwemmt und ohne jeden Bestand wird er für immer ihrem flüchtigen und wechselhaften Wesen verbunden und unterworfen bleiben. Er wird keinen Anfang und kein Ende finden.

Ich aber stelle mich den Mächtigsten und Stärksten gleich und fürchte sie nicht. Niemals können sie mich aus unserem gemeinsamen Hause verjagen. Wenn ihr nun meine Brüder und Schwestern seid, so werdet ihr so frei und daheim sein wie ich."

(aus: Helmut Barthel: Ein Zimmermann in der Wüste. Es begab sich aber vielleicht auch ... Eine heitere Exegese neutestamentarischer Begebenheiten, MA-Verlag 2016, Seite 19)

Ihre Schattenblick-Redaktion

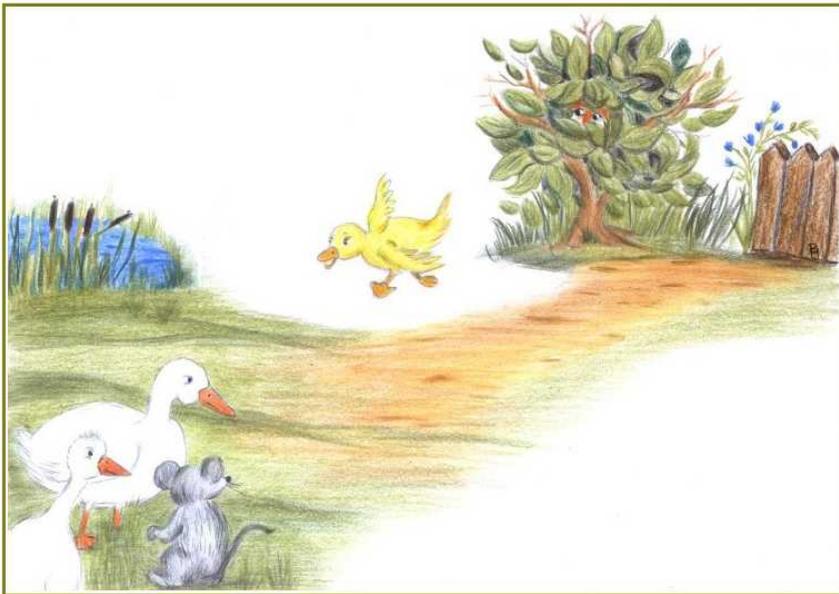
UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Volle Pulle ...



Grafik: © 2018 by Schattenblick

Verkehrte Welt - Treffen am Busch ...



September 2018

Mo	3	10	17	24	
Di	4	11	18	25	
Mi	5	12	19	26	
Do	6	13	20	27	
Fr	7	14	21	28	
Sa	1	8	15	22	29
So	2	9	16	23	30

© 2018 by Schattenblick

(SB) - Gina, Henry Maus und der verletzte Marderhund Lukas hatten den Nachbarhof erreicht, wo sie auf eine Entenschar trafen, die jedoch beim Anblick des großen Tieres voller Angst in Richtung Teich flüchteten. Gina konnte der Anführerin der Enten erklären, dass Lukas verletzt sei und sie ihm helfen wollten. Sie erreichte sogar, dass die Ente ihre Hilfe anbot. Als Gina Blätter von einem Busch holen wollte, blickte sie ein funkelndes Augenpaar aus dem Blattwerk an ...

Gina zupfte ein großes Blatt vom Busch ab und erschrak heftig. Als sie die dunklen, unheimlichen Augen in dem Busch erblickte, ließ sie das Blatt fallen, drehte sich so geschwind herum, dass sie beina-

he hingefallen wäre, und rannte was ihre kleinen Entenfüße hergaben zurück. Pustend erreichte sie Henry Maus und brüllte: "Da, da hinten ist etwas, etwas Unheimliches, Gruseliges!"

"Beruhige dich, hier bei uns bist du sicher. Also nun noch mal langsam, wer oder was ist da hinten?", wollte Henry wissen und bemühte sich besonders sanft zu sprechen.

"Augen, zwei Augen, nur zwei Augen und sonst nichts, da im Busch, die, die haben mich angesehen und da, ja, ich bin einfach weg gerannt", sprudelten die Worte aus der kleinen Ente hervor.

Alle starrten gebannt in Richtung Busch und warteten, ob

jemand oder etwas daraus hervor kommen würde. Nichts geschah. Die Blätter blieben unbewegt und es breitete sich eine sonderbare Stille aus. Aber niemand hatte den Mut, sich dem Unheimlichen zu nähern.

"Was nun? Wir sollten lieber von hier verschwinden", mahnte Rebecca, die Anführerin der Entenschar, "wir wissen nicht, wie groß die Gefahr ist, und als Ente sollte man sich besser rasch in Sicherheit bringen, schließlich haben wir keine Zähne und Klauen, mit denen wir uns zur Wehr setzen könnten."

Sie rief ihre Gefährtinnen zusammen und gemeinsam suchten

sie das Wasser in der Mitte des Teichs auf, weit weg vom Ufer. Nun blieben nur noch Gina, Henry und Lukas zurück und überlegten, was zu tun sei.

"Wir sollten diesen Ort auch verlassen, bevor es vielleicht zu spät ist", schlug Henry Maus vor.

"Ähm, hmm", räusperte sich der Marderhund, "und was geschieht nun mit meiner kaputten Pfote?"

"Oh, ja, das hätte ich vor lauter Schreck fast vergessen. Natürlich, natürlich, die müssen wir noch waschen, waschen, ja, ja, und die Blätter drauf legen", verhaspelte sich Henry.

"... Blätter, die wir nicht haben", ergänzte Gina.

Ängstlich blickten wieder alle in Richtung Busch, an dem die begehrten Blätter hingen und in dem sich der Unhold versteckt hielt.

"Darf ich einen Vorschlag machen?", unterbrach Lukas die lauern den Blicke. "Ich bin groß und stark, ich humple da jetzt hinüber und stelle den Unheimlichen zur Rede, fordere ihn auf, sich zu Erkennen zu geben! Dann sehen wir weiter."

Henry Maus und Gina stimmten zu und ermunterten ihn sogar zum Gehen, aber trotzdem vorsichtig zu sein. Wenn der Verborgene zu groß und zu gefährlich erscheint, solle er liebe wieder kehrt machen. Lukas schritt langsam voran in Richtung Busch. Als er nahe genug war, rief er: "Zeig dich, wer immer du bist!" Seine Stimme klang drohend und gebieterisch: "nun

mach schon, hervor mit dir, sofort!"

Gina und Henry hörten die lauten Worte des Marderhundes und bemerkten erst jetzt, welche wahrhaft beeindruckende Person er war. Gebannt warteten sie auf das Erscheinen des Unsichtbaren. Doch zunächst geschah nichts. Alles blieb still, bis sich am äußeren Rand des Busches die Blätter heftig bewegten. Gina schrie auf und warf sich schutzsuchend gegen Henry Maus, der alle Mühe hatte, sie zu halten. Dann schrie sie wieder, aber anders, und dann lachte sie, als sie erkannte, wer da aus dem Blättergewirr hervor krabbelte.

"Mika, Mika, wo kommst du denn her, hast du uns einen Schrecken eingejagt, also wirklich, was machst du hier?", stürmte Gina auf ihren verloren geglaubten Freund, den kleinen Fuchs, zu.

Bevor er etwas sagen konnte, schnatterten die Enten auf dem Teich ganz aufgeregt: "Ein Fuchs, ein Fuchs, oh weh." - "Was ist heute nur los?", empörte sich die eine und eine andere Ente meinte, "der ist doch noch klein." Worauf eine ältere entgegnete, dass er schneller wachsen würde, als einem lieb sein kann und dann sei das Malheur groß! "Mir ist das alles zuviel", jammerte die nächste, "erst dieser riesige Marderhund, dann ein Fuchs und all das auf unserem sonst so stillen und gemütlichen Hof!"

Plötzlich begann ein kleines, schüchternes Federtier erst leise und dann mit kräftiger Stimme das Enten- und Gänse-Schutzlied zu singen: "Fuchs du hast

die Gans gestohlen, gib' sie wieder her, gib' sie wieder her! Sonst kommt dich der Jäger holen mit dem Schießgewehr, sonst kommt dich der Jäger holen mit dem Schießgewehr! ..."

Nun wurde es Rebecca, der Anführerin zu bunt und sie polterte laut und energisch dazwischen: "Es reicht jetzt mit dem Gejammer! Seht doch mal genau hin. Es sieht doch ganz so aus, als ob die kleine Ente Gina und dieser Fuchs miteinander vertraut sind und er ihr mit Sicherheit nichts Böses will. Also, wir bleiben jetzt ganz ruhig hier auf dem Teich und ich werde dann, wenn ich es für richtig halte, mit Gina sprechen und die Lage klären."

Von all dem hatten Gina, Henry und Lukas nichts mitbekommen, nur der kleine Fuchs erkannte sofort die Melodie, die vom Teich erklang und er fühlte sich gar nicht wohl.

"Oh, ich verschwinde wohl besser wieder, bin wohl nicht gern gesehen hier, war wohl ein Fehler dir zu folgen ...", beschwerte sich der Fuchs und schien beinahe wütend oder enttäuscht zu sein, vielleicht auch beides.

"Nein, nein, Mika, ich freu' mich riesig dich zu sehen", dabei hüpfte sie freudig auf ihn zu. "Nun sag' aber doch, warum bist du auf einmal wieder hier?"

"Nun, ganz einfach, meine Brüder haben mich total genervt und ich habe echt versucht, ihnen klarzumachen, dass sie die Finger von dir lassen sollen, dass du kein Festschmaus bist und alles, aber sie haben mich ausgelacht. Die konnten sich gar

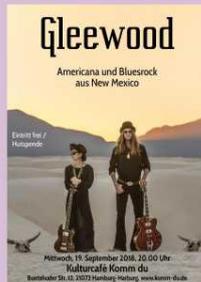
Komm du

Programm September 2018

Veranstaltungen von 20.00 bis 22.00 Uhr
bei freiem Eintritt/Hutspende, wenn nicht anders angegeben

- Samstag, 01.09.: Konzert – **Evantgarde** / Die Hofkomponistin und Band – Frohböse Lieder
 Donnerstag, 06.09.: Autorenlesung mit Musik – **Duo Wortklang** / Humorvolle Gedichte und bekannte Lieder von Helmut Marquardt und bekannte Lieder von Claus Rüdiger Ullrich
 Freitag, 07.09.: Konzert – **Tasty Tunes** / „Spicy Songs and Delicious Dances“ – Irish Folk & More
 Donnerstag, 13.09.: Autorenlesung – **Susanne Bienwald** / „Wittensee“ – ein Roman über die Sehnsucht nach sich selbst
 Freitag, 14.09.: Konzert – **Three for Silver** / „Get Low“ – Oldtime Folk und experimental Rock aus Portland/USA
 Samstag, 15.09.: Konzert – **Warten auf Lucie** / Jazz, Pop und Klezmer
 Mittwoch, 19.09.: Konzert – **Gleewood** / US Desert Americana und Blues Rock aus New Mexico
 Donnerstag, 20.09.: Bildervortrag – **Heiko Klotz** / „Grönland – In der Welt des Eises“. Wanderungen am Rand der Zivilisation
 Freitag, 21.09.: Konzert – **Cookbook** / Grooviger Jazz aus Hamburg
 Samstag, 22.09.: Konzert – **The Inner Tradition** / Folk aus Irland, Schottland, England und Amerika
 Mittwoch, 26.09.: Konzert – **The Underscore Orchestra** / Balkan, Klezmer, Hot Jazz, Swing und Americana
 Donnerstag, 27.09.: Konzert – **Weiharer** / Bayerischer Liedermacher, Kabarettist und Radikal-Poet
 Freitag, 28.09.: Konzert – **Max Wolff** / Acoustic Roots-Country, Folk und Blues
 Samstag, 29.09.: Comedy – **Charlotte und Ralf** / „Eins-A-Comedy“ – Stand-Up-Mixed-Show mit Gästen: **Alfons**, der Reporter mit dem Puschelmikrofon
 bis Fr, 12.10.: Ausstellung – **Regina Elvers** / „Augenblick im Licht ...“, Zeichnungen und Malereien mit Acryl und Farbstiften

Öffnungszeiten:
Mo bis Fr: 07.30 – 17.00 Uhr, Sa: 09.00 – 17.00 Uhr
An Veranstaltungstagen durchgängig geöffnet und abends open end



Das **Komm du** in Harburg:
 Begegnung und Diskussion, Live-Musik, Kleinkunst- und Tanzperformances,
 Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder,
 Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele,
 Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

Buxtehuder Straße 13, 21073 Hamburg
 E-Mail: kommdu@gmx.de · Tel.: 040 / 57 22 89 52
 Internet: www.komm-du.de · www.facebook.de/KommDu
 Eventmanagement – Tel.: 04837 / 90 26 98 · E-Mail: redaktion@schattenblick.de
 V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

nicht mehr beruhigen, sie fanden mich, ach, das will ich dir lieber gar nicht erzählen. Jedenfalls habe ich beschlossen fortzugehen, bei ihnen wollte ich nicht bleiben. Es war gar nicht leicht, deine Spur wiederzufinden, doch nach Tagen des Suchens wusste ich, wo ich dich finde. Ich folge euch, also dir und Henry, schon eine Weile. Dann wollte ich dich überraschen, doch da kam der Marderhund dazwischen und da wollte ich lieber noch mal warten. Aber ich sage dir, wenn er frech geworden wär, ich hätt' dich gerettet, echt!"

"Ah, ja, ich verstehe", Gina legte den Kopf schief und grinste, "und dann war dein Versteck im Busch sozusagen dein Aussichtsposten?"

"Hmm, ja, äh, also, wenn ich ehrlich bin, fürchtete ich mich vor den vielen großen Enten."

Da mussten nicht nur Gina, Henry und Lukas lachen, auch Mika stimmte, zunächst noch etwas verlegen, ins Lachen ein. Lukas hatte über all das nicht mehr an seine Pfote gedacht, die sich jedoch mit einem heftigen Schmerz zurückmeldete, als er einen unbedachten Schritt nach vorn tat. Ein quälender Schmerzenslaut entfuhr ihm und alle drehten sich zu ihm um.

"Nun wird es aber höchste Zeit, dass wir uns um Lukas kümmern", bestimmte Henry Maus.

Fortsetzung folgt ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschikgkg0093.html>

Inhalt Ausgabe 2664 / Samstag, den 1. September 2018

- 1 POLITIK - REDAKTION: Afghanistan - verspielte Gelegenheit ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Agrarwirtschaft - Nahrungsmittelmangel ...
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: UNO - Waffen für die Herrschenden ...
- 7 POLITIK - SOZIALES: Der Pflegenotstand in Österreich ... (Pressenza)
- 8 BÜRGER - MEINUNGEN:
 - Schweiz - Rüstungslobby gewinnt auf der ganzen Linie (Pressenza)
- 9 UMWELT - REDAKTION: Rußland - Mobile Kernkraftwerke zu Wasser ...
- 10 SPORT - BOXEN: Schwergewicht - britischer Eintopf à la carte ...
- 12 SCHACH-SPHINX: Verborgener Hexentanz
- 13 EDITORIAL: Die Wahrheit schweigt, das Wort macht frei
- 14 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartze - Volle Pulle ...
- 15 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: Verkehrte Welt -
 - Treffen am Busch ...
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 1. September 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. September 2018

+++ Vorhersage für den 01.09.2018 bis zum 02.09.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Blauer Himmel, Sonnenschein,
Jean-Luc, voller Leben,
wird bei seinen Freunden sein,
Wolkenfelder schweben.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.